

Donnerstag, 27. April 2017

Aspekte von übergeordnetem Wert

Es gibt Dutzende von sachlichen Gründen technischer und auch ökonomischer Natur, welche jeder für sich allein Argument ist, das zur Abstimmung anstehende neue Energiegesetz abzulehnen. So wurde der Leser in den SN-Ausgaben vom 13. und 15. April aus der Feder von zwei Nationalräten einmal mehr mit Behauptungen eingedeckt, die jeglichen Sachverstand vermissen lassen, reine Ideologie, eine erschreckende Entwicklung.

In der zur Debatte stehenden Vorlage gibt es jedoch Aspekte von übergeordnetem Wert, welche, wenn überhaupt, nur am Rande den Weg in die laufende Diskussion finden. Jede erfolgreiche Strategie baut auf bewährten Kompetenzen auf. Das Erfolgsrezept der Schweiz basiert (bisher) auf einer freiheitlich liberalen Gesellschaftsordnung, wenig Staat und viel Eigenverantwortung und einem Klima, welches auch immer Eigeninitiativen förderlich war. Auf diesem gesellschaftlichen Fundament sind in der Schweiz auch Unternehmungen entstanden, welche mit ihren innovativen Entwicklungen Weltgeltung errungen haben und auch kreativ waren, bereits sehr früh ein weltumspannendes Verkaufs- und Servicenetzwerk aufzubauen. Ein Grosserfolg, der Wohlstand für alle in unserem Land schuf. In diesem Umfeld wurde in der Schweiz auch ein Energieversorgungssystem aufgebaut, das sich sehr bewährt hat und punkto Stromversorgung zur globalen Topadresse wurde, dies in jeglicher Hinsicht.

Dies soll jetzt alles gekippt werden. Weil die neuen und staatlich verordneten, «revolutionär-innovativen» technischen Lösungen zur zukünftigen Stromversorgung möglicherweise nicht von allen Schweizern als solche erkannt werden, sollen diese durch Zwangsmassnahmen dazu erzogen werden. Dazu gehören staatliche «Brainwashing Funds», Energieplanwirtschaft mit allen assoziierten Nebeneffekten, Sparzwänge, koste es, was es wolle, Aushebeln von Gemeinde und Kantonshoheit, Einmischung der Staatsadministration ins Privatleben und dergleichen mehr. Das alles könnte bei Annahme des Gesetzes auf dem Verordnungsweg angeordnet werden: Kriegswirtschaft ohne Krieg?

Darüber, wie viel dieser Umbau kosten soll, schweigt die Politik respektive klärt allenfalls in verdaubaren Häppchen auf: Salomitaktik. Der Bund sah vor, die grossen kommenden Kostenbrocken in einem Förder- und Lenkungssystem zu integrieren, ein Antrag, der, wie man in den SN vom 13. April aus der Feder einer Nationalrätin erfahren konnte, im Nationalrat «ohne Gegenstimme» versenkt wurde. Schön gesagt, die ambitionierten Ziele wären jedoch ohne zusätzliche staatliche Finanzierung niemals umsetzbar – das zweite Massnahmenpaket ist ein Muss und vom ersten nun diskutierten nicht zu trennen. So hat es die Politik wohlweislich aus taktischen Gründen vermieden, dass diese unbequeme Debatte, welche kommen müsste, bereits während der laufenden Auseinandersetzung über das zur Abstimmung anstehende Energiegesetz-Referendum erfolgt. Transparenz soll unter allen Umständen vermieden werden.

Bei der Abstimmung vom 21. Mai haben die Stimmbürger die Chance, diesen Spuk zu beenden. Wir haben genügend Zeit, mit Sorgfalt und unter Berücksichtigung der im Land akkumulierten Kompetenzen, eine Energiezukunft, welche in jeder Beziehung Mehrwert für alle beteiligten Interessen bringt, zu gestalten und umzusetzen. Wollen wir diese Chance wahrnehmen, ist dazu ein Nein am 21. Mai der Startschuss.

EMANUEL HÖHENER

Stetten